

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

30. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 17. März 2010

Inhalt:

Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) (Drucksachen 17/200, 17/201)	2705 A	Wolfgang Börnßen (Bönstrup) (CDU/CSU)	2744 C
b) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013 (Drucksachen 16/13601, 17/626)	2705 B	Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE)	2745 C
9 Einzelplan 04		Reiner Deutschmann (FDP)	2746 B
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt (Drucksachen 17/604, 17/623)	2705 B	Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2747 C
Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)	2705 D	Siegmund Ehrmann (SPD)	2748 C
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	2711 A	Namentliche Abstimmung	2749 B
Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)	2720 A	Ergebnis	2752 C
Birgit Homburger (FDP)	2725 A	10 Einzelplan 05	
Renate Künast (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2730 B	Auswärtiges Amt (Drucksachen 17/605, 17/623)	2749 C
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2734 C	Klaus Brandner (SPD)	2749 C
Birgit Homburger (FDP)	2734 D	Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister AA	2754 B
Volker Kauder (CDU/CSU)	2735 B	Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE)	2756 C
Dr. Barbara Hendricks (SPD)	2736 B	Herbert Frankenhauser (CDU/CSU)	2758 B
Bernd Scheelen (SPD)	2739 A	Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2759 A
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU)	2740 D	Klaus Brandner (SPD)	2759 B
Petra Merkel (Berlin) (SPD)	2743 B	Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2761 A
		Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP)	2761 C
		Dr. Rainer Stinner (FDP)	2763 D
		Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2764 B
		Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP)	2764 C

(A)

(C)

30. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 17. März 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nehmen Sie bitte Platz.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

(B) – Drucksachen 17/200, 17/201 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013

– Drucksachen 16/13601, 17/626 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Roland Claus
Alexander Bonde

Ich rufe zunächst den Tagesordnungspunkt I.9 auf:

**Einzelplan 04
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**

– Drucksachen 17/604, 17/623 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Rüdiger Kruse
Petra Merkel (Berlin)
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Dr. Gesine Löttsch
Priska Hinz (Herborn)

Dazu liegen Ihnen die Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses auf den Drucksachen 17/604 und 17/623 vor.

Es gibt einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu diesem Einzelplan, über den wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache dreieinhalb Stunden vorgesehen. Gibt es dazu Einwände? – Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Dr. Frank-Walter Steinmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, wir haben nicht nur Verständnis für die Abwesenheit des Bundesfinanzministers, sondern wir wünschen ihm auch raschen Fortschritt beim Heilungsprozess. Gute Besserung, Herr Schäuble, wünscht Ihnen die gesamte SPD-Fraktion!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Haushaltsdebatten sind besondere Debatten, selten in Moll geführt und nie nur Debatten über Zahlenkolonnen. Da steht die Regierung auf dem Prüfstand, und das tut not, weil – mit Blick auf das, was wir in den nächsten Jahren zu bestehen haben – die **Herausforderungen** in der Tat gewaltig sind. Die Zweifel der Menschen in Deutschland, dass wir das schaffen, wachsen doch täglich; das ist doch zu spüren. Wir stecken in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1949. Das Wirtschaftswachstum verlagert sich in andere Teile der Welt, nach Asien etwa, weit weg von Europa und von Deutschland. Das Gewicht Europas in der Welt wird kleiner, und hier wachsen sogar die Gegensätze zwischen den Eurostaaten. Viele Menschen in Deutschland fragen sich mittlerweile, ob der Wohlstand hier wohl erhalten bleibt. Das alles ist schlimm genug. Aber noch schlimmer ist: Ausgerechnet jetzt, wo Politik vorangehen müsste, wo Politik Vertrauen schaffen müsste, da hat Deutschland eine Regierung, die nicht regiert, die keine gemeinsame Idee und

(D)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) keinen gemeinsamen Willen hat. Jeder kämpft gegen jeden in dieser Regierung. Sie streiten sich wie die Kesselflicker. Es gibt keinen, der Ordnung schafft. So schlecht wurde Deutschland seit Jahrzehnten nicht regiert. Wir verlieren Tag für Tag an Boden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Viele, die Sie gewählt haben, sind nicht nur enttäuscht – diese Briefe bekommen nicht nur wir von der SPD-Fraktion –, sondern auch entsetzt. Nach 140 Tagen Regierung haben Sie doch im Grunde genommen Ihren Vertrauensvorschuss schon verspielt. Das kleinkarierte Gezänk, das wir jeden Tag hören, geht den Menschen doch auf die Nerven. Die Menschen in Deutschland wissen schon jetzt, nach 140 Tagen, nicht, wovor sie eigentlich Angst haben sollen: dass diese Regierung sich auflöst oder dass sie im Amt bleibt. Das Schlimmste ist: Selbst das ist den Menschen schon egal.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt sehr ernsthaft: Glauben Sie nicht, dass Sie mit der SPD eine Oppositionsfraktion haben, die da schadenfroh in der Ecke steht – nicht, wenn es um die Zukunft des größten Landes in Europa geht. Wir wissen, Deutschland regieren, das ist kein Spiel, der Kabinettsaal ist kein Abenteuerspielplatz, eine Regierung ist keine Selbsterfahrungsgruppe. Spielen Sie nicht mit der **Verantwortung**, die Sie für dieses Land übernommen haben! Nehmen Sie diese Verantwortung endlich an!

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So wie bisher, Frau Merkel, schafft diese Regierung kein **Vertrauen**, sie zerstört Vertrauen. So kann das nicht weitergehen. Wer soll denn in Deutschland an die Regierung glauben, wenn sie nach 140 Tagen ein so schwaches Bild abgibt? Wer soll denn glauben, dass diese Regierung in der Lage ist, die Macht von Banken und Börsen tatsächlich einzuschränken? Wer soll denn glauben, dass diese Regierung Wege aus der Krise beschreibe? Wer soll denn glauben, dass diese Regierung Zukunft gestaltet angesichts des schwierigen Jahrzehnts, das auf uns zukommt?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie regieren noch kein halbes Jahr, und niemand glaubt Ihnen das, nicht einmal die eigene Wählerschaft. Das kann Sie doch nicht kaltlassen. Darüber kann man doch nicht mit Schulterzucken hinweggehen. Das geht einfach nicht. So kann das nicht weitergehen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder
[CDU/CSU]: Wir sind hier doch nicht im Box-
klub!)

– Seien Sie vorsichtig, es geht hier nicht nur um Regierung, sondern es ist ein bisschen mehr, was da bedroht

ist. Da kommt ein bisschen mehr als nur Vertrauen in die Regierung ins Rutschen. (C)

Viele sagen doch: Die Orientierung fehlt, **Werte** sind verloren gegangen. Wenn da etwas dran ist, meine Damen und Herren, dann sind diese Werte vermutlich nicht in der Wohnküche von Arbeitslosen verloren gegangen. Werte erodieren nicht von unten, sondern sie erodieren meistens von oben. Das war schon im späten Rom so, Herr Westerwelle. Dekadenz war leistungsloser Wohlstand saturierter Oberschichten. So war das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nun weiß auch ich, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, Herr Westerwelle. Aber wenn ich schon Vergleiche anstelle, dann hätte ich an Ihrer Stelle in den Vergleich Gier, Unvernunft, Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit einiger internationaler Finanzmanager in den Topetagen einbezogen. Je skrupelloser, je erfolgreicher – das war doch die Maxime, die einige vorgelebt haben. Das zerstört Werte. Das zerstört Vertrauen. Wenn das Vertrauen in die Gültigkeit von Regeln, wenn das Vertrauen in die Gültigkeit von Standards verloren geht, wenn da einige glauben, sich über andere stellen zu können, dann sinkt eben auch das Vertrauen in Politik. Dann sinkt das Vertrauen in Demokratie. Das geht nicht nur die Regierung an. Darum kümmern auch wir uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben jedenfalls unsere Verantwortung angenommen mit einer kritischen und – das gebe ich zu –, wo nötig, auch scharfen Oppositionsarbeit. Wir haben die Verantwortung aus den elf Jahren, an denen wir an der Regierung in diesem Land beteiligt waren, nicht vergessen. Wir haben das gezeigt, etwa bei der Debatte und bei der Abstimmung über den Afghanistaneinsatz. Wir zeigen das bei den Gesprächen, die wir zurzeit über die Zukunft der Jobcenter führen. Wir haben Verantwortung gezeigt. Aber, Frau Merkel, ich frage Sie nach Ihrer Verantwortung. Sie sind verantwortlich dafür, dass die **Regierung ihre Aufgaben** zum überwiegenden Teil nicht erfüllt. Es ist kaum zu ertragen, dass Sie den Eindruck erwecken, als hätten Sie damit nichts zu tun, als wäre Ihnen auch manches peinlich, was der eine oder andere Minister da öffentlich äußert. (D)

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Dafür muss man Verständnis haben!)

Diese schwarz-gelbe Koalition, Frau Merkel, ist Ihre Koalition. Sie haben diese Koalition gewollt. Das war vor sechs Monaten Ihre Liebesheirat. Wir sagen Ihnen heute: Sie stehen vor den Trümmern einer zerrütteten Ehe. Das ist die ganze Wahrheit. Jeder sieht das.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – La-
chen bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Wenn ich mit dem einen oder anderen von Ihnen über die Flure gehe, dann sagt mir mancher: Herr Steinmeier, Sie hatten doch damals bei Rot-Grün 1998 auch schlechte Presse. – Ich erinnere mich sehr gut: Ja, auch wir hatten schlechte Presse. Aber ich würde nie sagen, dass schlechte oder gute **Presse der Maßstab von Politik** sein darf. Rot-Grün wurde 1998 kritisiert, weil sie sich zu viel vorgenommen haben, zu schnell vorgenommen haben, gleichzeitig gehandelt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie sind ein Traumtänzer!)

– Passen Sie auf! – Vieles haben Sie jetzt übernommen.

Ich erinnere an den Streit um die **Energiewende**. Wo standen Sie bei der Einführung der Ökosteuer? Wo standen Sie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz? Wo standen Sie beim Ausstieg aus der Atomenergie?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles fand im ersten Jahr statt, begleitet durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes und durch Initiativen zur Veränderung im Verhältnis der Geschlechter.

Dieses Problem haben Sie nicht: zu viel, zu schnell und gleichzeitig. Sie haben ein anderes Problem:

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

- (B) Diese schwarz-gelbe Regierung hat kein einziges **gemeinsames Projekt**, das überzeugt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Union beschimpft die Liberalen als Traumtänzer. Die FDP erwidert der Union: Wenn ihr heimlich weiter Große Koalition macht, was wollt ihr dann mit uns? – Frau Merkel, was soll denn daraus werden? Wenn sogar die Beteiligten dieser Koalition die Koalition für einen Irrtum halten, dann ist das eben ein schrecklicher Irrtum für Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das für einen Irrtum zu halten, ist ein Irrtum, genau!)

Jetzt diskutieren wir einen Haushalt mit über 80 Milliarden Euro **Neuverschuldung**. Jeder dritte Euro dieses Haushaltes ist schuldenfinanziert. Das ist einsamer Rekord. Das ist natürlich auch eine Folge der Finanzkrise. Das – jetzt hören Sie zu – legen wir nicht vordergründig Ihnen oder dem Finanzminister Herrn Schäuble zur Last. Aber die ganze Wahrheit ist doch: Die Steuerzahler werden jetzt für die Gier von Banken und Hedgefonds zur Kasse gebeten, jeder in Deutschland mit mindestens 2 500 Euro.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie haben es doch eingeführt!)

Das ist das himmelschreiend Ungerechte. Wenn Politik verlorenes Vertrauen wirklich wieder zurückholen will – das ist auch Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren –, dann müssen Sie eben jetzt als Regierung handeln. Stoppen Sie das Tun der Finanzjongleure, die sich ein ums andere Mal auf Kosten des Gemeinwohls bereichern!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sorgen Sie dafür, dass das internationale Börsenkasino nicht weitermacht wie bisher! Sorgen Sie dafür, dass die Banken das billige Geld aus den Rettungspaketen an unsere Mittelständler geben und nicht schon wieder für Zockereien missbrauchen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben viel geredet, aber geändert hat sich nichts. Das ist das, was zu beklagen ist. In der Großen Koalition haben wir, haben Sozialdemokraten Sie bei der **Regulierung der Finanzmärkte** gedrängt. Die Union hat damals auf der Bremse gestanden, und mit der FDP steht jetzt die gesamte Regierungsbank auf der Bremse. Die Banken und die Finanzmarktlobby – wir hören das bis nach Berlin – atmen erleichtert auf in diesen Tagen. Warum das so ist, haben wir in den letzten Monaten oft genug gesehen: Da entwirft Gordon Brown in Großbritannien den Vorschlag, die Hälfte der Bankerboni als Steuern abzukassieren, was Frau Merkel für eine „charmante Idee“ hält. Aber was passiert dann?

(Caren Marks [SPD]: Nichts! Wie immer!)

Nichts. Dann haben wir über die Börsen- und Finanzmarktsteuer diskutiert. Was passierte? Weit weggeschoben in die Prüfungsschleifen der G-20-Welt, vertagt – so würde man sagen – ad calendae graecas. Aber ich gebe zu: Das geht in diesen Tagen schwer über die Lippen.

Banken und Hedgefonds haben den griechischen Staat mit spekulativen Kreditausfallversicherungen fast in den Ruin getrieben. Das hat **Griechenland** und – wer weiß – am Ende vielleicht auch den Steuerzahler in Europa Hunderte von Millionen Euro gekostet. Was sagt diese Regierung? Was sagt die Bundeskanzlerin? Das muss man untersuchen. – Nein, Frau Merkel, Taten sind jetzt gefragt. Die Krise geht weiter, solange es keine Ordnung auf den internationalen Finanzmärkten gibt. Legen Sie deshalb die Hedgefonds an die Kette! Bringen Sie Ratingagenturen unter Aufsicht! Verboten Sie Leerverkäufe und den spekulativen Handel mit Kreditausfallversicherungen! Das muss mindestens sein in dieser Situation.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Steuerzahler jedenfalls – darüber müssen wir uns in diesem Haus einig sein – darf nicht weiter die Zeche für Zocker und Spekulanten zahlen. Dafür zu sorgen, ist jetzt Aufgabe dieser Regierung. Wenn Sie dafür keine Mehrheit in der Koalition haben: Ich bin mir sicher, in diesem Hause haben Sie sie, Frau Merkel.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Ich spreche über Vertrauen. Wer Vertrauen zurückholen will, der muss mit Blick auf diesen Haushalt und mit Blick auf eine Rekordverschuldung von 80 Milliarden Euro beim Sparen bei sich selbst anfangen. Diese Regierung macht das Gegenteil. Herr Fricke, Sie haben gestern hier gesprochen. Ich habe in früheren Jahren viele Gespräche mit Herrn Koppelin, dem für mich damals zuständigen Haushälter, und mit Herrn Westerwelle geführt. Wie haben Sie sich über jede neue Stelle aufgeregt, als Sie noch in der Opposition waren. Wie oft haben Sie von diesem Pult aus mit Ihrem dickleibigen **liberalen Sparbuch** gewedelt. 400 Sparvorschläge haben Sie uns von diesem Rednerpult aus angekündigt. Das war Ihr gutes Recht. Womit Sie nicht gerechnet haben: Das weckt Erwartungen. Jetzt sind Sie an der Regierung und nichts davon ist verwirklicht.

(Widerspruch bei der FDP – Jörg van Essen [FDP]: Stimmt gar nicht! Das ist doch Unsinn!)

Stattdessen **985 neue Beamtenstellen**.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist falsch! Das stimmt nicht! Wir bauen Stellen ab! Sie sollten in den Haushalt hineinschauen! Lesen macht schlauer!)

Sie suchen offenbar noch nach einer Überschrift für das schwarz-gelbe Projekt. Mir fällt nur eine Überschrift für dieses Projekt ein, eine Überschrift, die sich aufdrängt. Sie lautet „Mehr Bürokratie wagen“. Das ist Ihre Parole.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister hat 417 neue Stellen. Herr Röttgen lässt für 2 Millionen Euro seine neue Chefetage planen, so habe ich gelesen. Gleichzeitig sperrt diese Regierung 900 Millionen Euro für die Qualifizierung von Arbeitslosen. Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein. Sie aasen und denen, die Arbeit suchen, nehmen Sie das Geld weg. Das sind die Prioritäten dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Westerwelle, ich habe Sie auf dem Parteitag der FDP in Siegen beobachtet. Ich habe auf der großen Leinwand im Hintergrund den Slogan gesehen „**Aufstieg durch Leistung**“. Aufstieg durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung und Aufstieg durch Leistung: Das sagen wir Sozialdemokraten nicht nur, dafür machen wir seit 150 Jahren Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir ziehen daraus möglicherweise sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen. Wir sagen nämlich zusätzlich: Jeder, der jeden Tag zur Arbeit geht, muss von seinem Lohn verdammt noch mal auch leben und seine Familie ernähren können. Er muss herauskommen aus Armut und aus der Abhängigkeit vom Staat. Sie von der FDP und auch Teile der Union finden sich eben mit **Billiglöhnen** ab. Der eine oder andere hält sie sogar für notwen-

dig. Ich habe es im Koalitionsvertrag gelesen. Da sagen Sie: Sittenwidrige Löhne sind die Untergrenze. Sie wissen, was das im Klartext nach der geltenden Rechtsprechung bedeutet. Das bedeutet 4 Euro die Stunde, und das bedeutet weiterhin, dass der Rest bis zur Grundsicherung vom Steuerzahler draufgelegt werden muss. Das ist Ihre Politik. Das bedeutet für die Menschen: den ganzen Tag arbeiten und am Ende doch keine Chance haben, aus der Abhängigkeit herauszukommen, also keine Unabhängigkeit vom staatlichen Tropf. Sie reden über den Preis der Arbeit, und wir reden über den Wert von Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Wert von Arbeit nicht respektiert, wer ihn missachtet, der greift das Wertegerüst einer auf Arbeit gegründeten Gesellschaft an. Deshalb war das Wort von der römischen Dekadenz, das Sie, Herr Westerwelle, den Arbeitslosen hinterhergerufen haben, nicht nur zynisch, sondern auch leichtfertig und gefährlich. Und ich behaupte, Sie wissen das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Ach! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb macht er es ja!)

Wenn Ihnen an Aufstieg durch Arbeit oder Aufstieg durch Leistung wirklich etwas liegt, dann schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass in diesem Lande endlich **Mindestlöhne** eingeführt werden und dass wir mehr Arbeitsvermittler bei den Arbeitsagenturen bekommen. Schaffen Sie Perspektiven und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose, statt sie zu beschimpfen. Deutschland muss kein Land der Billiglöhne bleiben und werden. Dafür werden wir kämpfen, und zwar auch in der Kommission für Mindestlöhne.

(Beifall bei der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das hätten Sie machen sollen, als Sie an der Regierung waren!)

Wir alle wollen, dass Arbeit sich lohnt, dass Leistung sich lohnt, aber eben nicht nur für Hotelbesitzer und andere, sondern auch für diejenigen, die wirklich zu den Leistungsträgern in diesem Lande gehören, zum Beispiel für die **Pflegekräfte**, die schwer arbeiten müssen und oft **sittenwidrig schlecht bezahlt werden**. Sie haben mindestens den Mindestlohn verdient, diesen aber ganz bestimmt. Da sind Union und FDP merkwürdig zurückhaltend, da eiern sie herum. Sie haben diese Aufgabe an eine Kommission weitergegeben und schauen mit verschränkten Armen zu, wie die Sache zurzeit nicht vorankommt.

Frau Merkel, Frau von der Leyen, Frau Schröder, tun Sie das Nötige, damit sich Leistung für diejenigen wieder lohnt, die die wirklichen Leistungsträger unseres Landes sind, die jeden Tag Alte und Kranke füttern, waschen und ihnen Zuwendung geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten den Mut haben, zu sagen: Es geht nicht, diese Menschen mit einem Stundenlohn von 4 Euro abzuspei-

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) sen, und wenn die Kommission anders entscheiden wird, dann nehmen wir das nicht hin.

Sie appellieren alle an das Gute im Menschen, an die menschliche Gesellschaft.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tut die FDP wirklich nicht!)

Dagegen habe ich wirklich nichts; viele tun das zu Recht. Aber das Missverständnis in dieser Regierung ist: Sie haben nicht zu appellieren, Sie haben zu entscheiden. Das tun Sie seit Wochen nicht, auch hier nicht, und deshalb sind Sie die größte Nichtregierungsorganisation dieses Landes!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genauso halten Sie es in der **Gesundheitspolitik**. Jeder darf sich da im Augenblick einmal mit neuen Ideen ausprobieren, als hätten wir gerade in diesem Bereich nichts zu verlieren. Ich jedenfalls bin der Meinung, dass wir im europäischen Vergleich immer noch die beste medizinische Versorgung in diesem Land haben. Wir haben das Vertrauen der Menschen darauf, dass jeder Zugang zu dieser medizinischen Versorgung hat. Wir haben Vertrauen darauf, dass in Deutschland die Kosten für eine hochklassige medizinische Versorgung fair verteilt werden. Das ist nicht wenig. Aber als wäre das nichts, darf jeder in der Regierung in diesem Bereich herumdilettieren. Mit solch einer Politik untergraben Sie das Vertrauen der deutschen Bevölkerung.

- (B) Wer in einer solchen Situation auf nichts anderes kommt, als vorzuschlagen, die Beiträge der Arbeitgeber einzufrieren, der weiß ganz genau, was er tut. Das heißt nämlich, dass alle Kostensteigerungen infolge des medizinischen Fortschritts, neuer Behandlungsmethoden und steigender Medikamentenpreise in Zukunft einseitig auf den Schultern der Versicherten ruhen. Das bricht mit dem Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg van Essen [FDP]: Nichts verstanden! – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Quatsch!)

– Sie wissen das. – Das bricht mit dem guten Prinzip „Menschen für Menschen“, das uns in 60 Jahren Nachkriegszeit in der Gesundheitspolitik stark gemacht hat. Sie opfern das einem Wahlversprechen. So darf man in Deutschland nicht Politik machen, vor allem nicht in diesem sensibelsten Bereich der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht an der Regierung, ich darf appellieren, und ich appelliere an Sie: Behalten Sie erstens die Arbeitgeber in der Verantwortung

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und fahren Sie zweitens das Gesundheitssystem durch die Einführung der Kopfpauschale nicht gegen die Wand. Dieses System ist ungerecht, das wissen Sie, und der Sozialausgleich ist unfinanzierbar. Aber was noch viel schlimmer ist: Sie wollen bis zu 30 Millionen Men-

schen in den Sozialausgleich schicken, 30 Millionen Krankenversicherte zu Bittstellern machen, mit umfangreichen Fragenkatalogen, Formularen und – wer hätte es gedacht – mit noch mehr Bürokratie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich verspreche Ihnen: Das wird Ihnen nicht gelingen. Der Protest ist gewaltig, und wir haben die Bürger auf unserer Seite. Wir werden das verhindern.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist eine falsche Behauptung!)

Die Regierung hat nicht nur keine Antworten. Da, wo sie Antworten gibt, hat sie falsche Antworten. Sie verweigert sich den wirklich wichtigen Fragen. Die Menschen stellen sich nicht die Frage: Kommen die miteinander klar? Das interessiert die Menschen nicht. Die Menschen interessiert die Frage: Woher kommt in Deutschland der Wohlstand von morgen? Dazu habe ich von dieser Regierung noch kein vernünftiges Wort gehört, geschweige denn ein durchdachtes Konzept gesehen. Das, was ich gesehen habe, ist ein Gesetz, das einen falschen Namen trägt. Mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** wächst nichts, außer den Schulden. Sie hören doch die Hilferufe der Bürgermeister und Oberbürgermeister. Sie haben das zur Kenntnis genommen und – wie ich den Zeitungen entnommen habe – mit Betroffenheit quittiert, mehr aber auch nicht. Zu den Einnahmeverlusten, die die Städte und Gemeinden haben – in diesem Jahr sind es bereits mehr als 10 Milliarden Euro –, legen Sie noch eins obendrauf. Sie helfen ihnen nicht. Im Gegenteil: Sie nehmen ihnen noch einmal etwas weg: 1,6 Milliarden Euro allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und zusätzlich durch die veränderte steuerliche Berechnung bei Leasing und Funktionsverlagerung ins Ausland. Bei zukünftigen Einkommensteuersenkungen können noch weitere Einnahmeverluste in Milliardenhöhe hinzukommen. Das geht so nicht! So können wir die Kommunen in Deutschland nicht alleine lassen. Mit uns geht das nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Was ist mit dem Bürgerentlastungsgesetz?)

Was ich nun sage, Frau Merkel, meine ich in der Tat sehr ernst:

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Jetzt wird es endlich spannend! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sie meinen mal etwas ernst?!)

Hören Sie genau zu. Wenn das so weitergeht – Sie ahnen das doch selbst auf der Seite der Opposition –,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf: Opposition?)

dann sind wir dabei, unsere Zukunft zu verlieren. Die Investitionen rutschen ab und der private Konsum stagniert. Im letzten Aufschwung waren wir in Deutschland die **Lokomotive in Europa**. Wir haben den Zug in Europa gezogen, andere folgten dem. Jetzt fallen wir

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) aus. So sehr berechtigt es ist, dass wir sorgenvoll nach Griechenland blicken, so wissen wir auch, dass das, was sich in diesem Lande tut, für das Wachstum in Europa viel wichtiger ist als die Haushaltskrise und die Schwäche Griechenlands.

Wenn wir über unseren Tellerrand blicken, dann sehen wir, dass sich Nordamerika erholt und Asien wächst. China ist Exportweltmeister. Deutschland und Europa fallen zurück. Wenn wir nicht aufpassen, wird uns der Boden unter den Füßen weggezogen, und dann haben unsere Kinder nicht dieselben Chancen wie wir. Das, meine Damen und Herren, Frau Merkel, ist das zentrale Problem. Kümmern Sie sich in dieser Regierung endlich darum! Legen Sie eine **Innovationsstrategie** vor, eine Strategie für die Leit- und Zukunftsbranchen dieses Landes, eine Strategie, wie Arbeit von morgen entsteht, eine Energiestrategie, mit der Sie sich nicht zum Handlanger der Atomwirtschaft in diesem Land machen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

eine Strategie, die den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt statt zu gefährden. Das müssen die Prioritäten dieser Regierung sein.

Ich füge hinzu: Rufen Sie bitte auch Ihren Wirtschaftsminister Herrn Brüderle zur Ordnung, der in Zeiten höchster Not – ich habe eben die Gründe beschrieben – mit einem **Entflechtungsgesetz** durchs Land zieht. Das ist gut und schön, aber was das Gesetz angeht, so verrät er keinem, auch nicht auf Nachfrage, was und vor allem wer gemeint ist. Herr Brüderle, wenn Sie die Post meinen, dann lassen Sie uns in diesem Haus doch über die Zukunft der Post streiten, aber laufen Sie nicht mit Überschriften von Gesetzgebungsvorhaben durch die Gegend; denn keiner weiß, was die Anstrengung in diesem Bereich im Augenblick soll.

- (B)

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir wollen die Sozis und die Linken entflechten!)

– Herr Kauder, wissen Sie, wenn Sie das karikieren, dann frage ich mich: Warum treibt es Sie eigentlich nicht um – das werden Sie wie ich am Wochenende in den Zeitungen gelesen haben –, dass Vattenfall sein **Energie-netz**, sein Leitungsnetz verkaufen will? Warum treibt Sie das nicht um? Ich sage es Ihnen: Weil Sie nicht sehen, dass wir mit solchen Entscheidungen einzelner Unternehmen ein gutes Stück Zukunft in diesem Lande verlieren.

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Weil die EU es verlangt hat!)

Ich habe mir in der Großen Koalition manchmal den Mund fusselig geredet – Sie wissen das, Sie können sich erinnern –, dass wir den Verkauf der Energienetze nicht einfach tatenlos hinnehmen dürfen,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie haben doch zugestimmt in Europa als Außenminister! Also, so ein Unsinn!)

- (C) dass wir sie in einer deutschen Netzgesellschaft unter Beteiligung des Bundes bündeln müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich schaue auf Peer Steinbrück: Auch der Finanzminister – das ist ja keine Selbstverständlichkeit – war damals dieser Meinung. Wir haben beide gesehen: Das ist nicht irgendetwas. Das sind die Lebensadern einer industriell geprägten Volkswirtschaft, über die wir da reden, und die dürfen wir nicht einfach irgendwelchen internationalen Finanzmarktinvestoren überlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Die Energiepolitiker unter Ihnen wissen das doch: Wenn die Integration der erneuerbaren Energien in das Leitungsnetz wirklich gelingen soll, dann brauchen wir dort Investitionen, und wir brauchen den Antrieb von Ingenieuren, um den Übergang von den bestehenden Netzen zu intelligenten Netzen, zu Smart Grids der nächsten Generation, wirklich zu schaffen. In der Großen Koalition war die Union dagegen. In dieser Koalition herrscht bei dem Thema „deutsche Netzgesellschaft“ gemeinschaftliches Desinteresse. Ich sage Ihnen: Auch Untertassen gestaltet Wirklichkeit neu. Sie werden das am Ende bitter bereuen. Eines wissen Sie doch ganz genau: Irgendwelche Finanzinvestoren aus dem Vereinigten Königreich, aus den USA oder aus Singapur werden sich nicht um die Zukunftsfähigkeit des deutschen Energienetzes kümmern. Das glauben Sie doch selbst nicht. Sie tun nichts. Vom Schulterzucken müssten Sie inzwischen Muskelkater haben, Herr Brüderle.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Deutschland jetzt braucht, ist eine kraftvolle Regierung, die dieses Land erneuert, deren wirtschaftspolitische Fantasie zu mehr reicht als nur dazu, zu sagen: Steuersenkungen, Steuersenkungen, Steuersenkungen. Deutschland braucht eine Regierung, die Investitionen organisiert, die Zukunft baut, eine Regierung, die die ganze Gesellschaft im Blick hat und nicht nur die eigene Klientel. Davon ist diese schwarz-gelbe Regierung meilenweit entfernt. Das ist das Verhängnis dieser Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss und sage: Frau Merkel, Herr Westerwelle, ich bin mir inzwischen ganz sicher, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland sagt: Diese Regierung hat Deutschland nicht gewollt. Und ich sage: Eine solche Regierung hat Deutschland auch nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf: Tun Sie endlich Ihre Pflicht! Bringen Sie Ordnung in den Laden! Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr! Es ist jetzt wirklich Ihre Verantwortung, Frau Merkel.

Herzlichen Dank.

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) (Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Seit fünf Jahren schon!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat die Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Steinmeier, vorweg eine Bemerkung: Die Opposition und speziell die SPD könnte dem gesellschaftlichen Klima im Lande einen guten Dienst erweisen – vielleicht könnten Sie ganz persönlich dafür sorgen –, wenn unserem **Staatsoberhaupt**, dem Bundespräsidenten, der notwendige Respekt entgegengebracht wird. Das fordern wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir beraten heute den Haushalt, der die größte **Neuverschuldung** des Bundes in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufweist. 80,2 Milliarden Euro Schulden bei einem Gesamtumfang des Bundeshaushaltes von knapp 320 Milliarden Euro,

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Plus Ihre Schattenhaushalte! 130 Milliarden!)

- (B) das bedeutet 25 Prozent Schulden, das bedeutet, jeder vierte Euro, den wir in diesem Jahr ausgeben, ist nicht durch die Einnahmen gedeckt.

(Zuruf von der SPD: Ihr macht noch mehr Schulden!)

Diese 80 Milliarden Euro Schulden sind genau das Doppelte der bisher höchsten Neuverschuldung des Bundes aus dem Jahre 1996 infolge der deutschen Einheit. Damals waren es 40 Milliarden Euro. 80 Milliarden Euro Schulden, das bedeutet 1 000 Euro pro Einwohner der Bundesrepublik Deutschland; hinzu kommen 460 Euro Zinsen. Das heißt, 11,5 Prozent des Bundeshaushaltes, ungefähr jeder zehnte Euro, muss bereits für Zinszahlungen aufgebracht werden.

Ich sage ganz deutlich – genauso wie der Finanzminister gestern –: Mit Recht machen sich die Menschen Gedanken über die Verschuldung. Mit Recht fragen sie uns alle, wenn wir in unseren Wahlkreisen sind: Was wird daraus? Wie werdet ihr das lösen?

(Christoph Strässer [SPD]: Ja, wie? – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fragen wir uns auch!)

Ich glaube, das eint uns in diesem Hause. Was uns nicht eint und worüber wir ja heute sprechen

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– bleiben Sie doch ganz ruhig und gelassen –, sind die Fragen: Was tun wir, und wie tun wir es?

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Genau! Erklären Sie das mal!)

(C)

Die Bundesregierung hat sich dennoch dazu entschlossen. Ich möchte mich bei den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen ganz besonders bedanken, dass sie das mitgetragen haben, sodass wir heute in den Grundzügen den Haushalt so verabschieden, wie ihn die Regierung vorgelegt hat.

Ich sage im Übrigen an die SPD: Dieser Haushalt wird gegenüber dem Haushalt, den wir damals in der Großen Koalition beraten haben, drei Monate früher beraten. Das zeigt, wie handlungsfähig diese Regierung und diese christlich-liberale Koalition in einer schwierigen Situation sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rekordverschuldung Handlungsfähigkeit zu nennen, ist schon frech!)

Wenn wir uns die Struktur dieses Haushaltes anschauen – auch da will ich gar nicht drum herumreden –, dann sehen wir, dass dieser Haushalt über 9 Prozent größer ist, als es in normalen Zeiten der Fall wäre. Etwa 54 Prozent dieses Haushaltes sind **Sozialausgaben**. Erinnern wir uns: 1980 wurden 16 Prozent des Bundeshaushaltes für Soziales ausgegeben, 1991 20 Prozent, im Jahre 2000 33 Prozent. In diesem Jahr sind es 54 Prozent. Das beinhaltet etwa 80 Milliarden Euro für Rente, 40 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II und – wir haben etwas ganz Besonderes gemacht; das weist schon darauf hin, warum wir einen solchen Haushalt verabschieden – auch immense Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit und an den Gesundheitsfonds; diese führen uns genau dazu, warum wir einen solchen Haushalt verabschieden.

(D)

Wir verabschieden einen solchen Haushalt nur aus einer einzigen Tatsache heraus: In diesem Jahr müssen wir weiter eine Krise bekämpfen, die uns im vergangenen Jahr einen Wirtschaftseinbruch von 5 Prozent gebracht hat. Das sind 88 Milliarden Euro weniger Produktion in Deutschland, weniger Bruttoinlandsprodukt. Einen solchen **Einbruch** haben wir noch nie gesehen. Wir wollen Fehler aus der Geschichte nicht wiederholen und vernünftig darauf antworten, sodass Wachstum wieder in Gang kommen kann. Das ist die tiefere Ursache dieses Haushaltes. Dazu stehen wir aus voller Überzeugung, weil es für die Menschen in diesem Lande richtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Keiner von uns hat Erfahrungen mit einem solch dramatischen Wirtschaftseinbruch. Die Krise hat vor 18 Monaten mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers begonnen. Wir können heute sagen, dass wir in diesen 18 Monaten Wichtiges geschafft haben. Wir haben die Banken und den **Finanzsektor** stabilisieren können. Mit den 400 Milliarden Euro Garantien und den 80 Milliarden Euro Rekapitalisierung ist das gelungen. Heute haben wir noch etwa 145 Milliarden Euro Liquiditätsgarantien – bei den Garantien gab es übrigens keine Aus-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Fälle –, und wir haben 28 Milliarden Euro Eigenkapitalhilfen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und 32 Milliarden Euro Schulden aus der Rettung, die Sie nicht erwähnen!)

Das wird sich noch lange in die Zukunft ziehen, so lange, bis wir absehen können, was für einen Verlust das für den Steuerzahler bedeutet. Die Hilfen sind gut angenommen worden, und sie sind weltweit koordiniert gegeben worden. Das hat zu einer Stabilisierung geführt.

Mindestens genauso wichtig: Der Einbruch der Realwirtschaft ist durch das, was wir machen, in seinen Auswirkungen gedämpft worden, nämlich durch das **100-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket** für 2009 und 2010 und ein **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**, das seinen Namen zu Recht hat,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schuldenbeschleunigungsgesetz!)

mit 8,5 Milliarden Euro Entlastung für Familien und vieles andere.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Außer Schulden nichts verschuldet!)

- (B) Die **Steuersenkungen** haben wir zum Teil gemeinsam und zum Teil nach kontroversen Diskussionen beschlossen. Wir haben für eine Entlastung von über 20 Milliarden Euro gesorgt. Wir wissen aus den Erfahrungen: 90 Prozent davon gehen in den Konsum der Menschen, und das ist genau der Beitrag, den wir leisten, um die Binnenwirtschaft nicht einbrechen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir machen das, was uns die Ökonomen sagen: Wir lassen die automatischen Stabilisatoren wirken – das heißt auf gut Deutsch, die Lohnzusatzkosten steigen nicht an –, und wir haben die Darlehen sowohl für das Gesundheitssystem als auch für die Bundesagentur in Zuschüsse umgewandelt, was uns ein besseres Fundament im Hinblick auf die weitere Beitragsentwicklung gibt. Wir haben, damals noch gemeinsam, auch die **Rentengarantie** beschlossen, eine wichtige Maßnahme, wie sich jetzt herausstellt. Denn zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die Bruttolöhne im letzten Jahr gesunken.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Woran das wohl liegt?)

Hier möchte ich an das anknüpfen, was neben all den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, in den letzten 18 Monaten vielleicht das Allerwichtigste war: dass die Menschen gezeigt haben, was in diesem Lande steckt, dass Unternehmer genauso wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verantwortung gezeigt, die Maßnahmen der Regierung angenommen und selbst Lohnzurückhaltung geübt haben. Es war gut, dass wir für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit Arbeitszeitkonten und

vielen anderen gesorgt haben; von all diesen Instrumenten wurde Gebrauch gemacht. Wir haben deshalb die Kurzarbeit aus voller Überzeugung bis 2011 verlängert. Wir sagen: Wir müssen in dieser Situation zusammenstehen. Das zeigen die moderaten Tarifabschlüsse, das zeigen unsere Maßnahmen, und so werden wir auch weiter durch diese Krise gehen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das hat Wirkung gezeigt. Wenn wir uns einmal anschauen, wie sich die **Arbeitslosigkeit** im europäischen Vergleich entwickelt hat, so sehen wir, dass die Arbeitslosigkeit bei uns im Jahre 2009 gegenüber 2008 um 4,4 Prozent gestiegen ist, im EU-Durchschnitt allerdings um 36 Prozent. In Frankreich zum Beispiel ist sie um 30 Prozent gestiegen, in den Vereinigten Staaten von Amerika um 70 Prozent.

Das vielleicht Schönste ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit bei uns um 11 Prozent gesunken ist, während sie im Mittel der Europäischen Union um 28 Prozent gestiegen ist, in Spanien zum Beispiel um 86 Prozent. Das ist nichts, worauf man sich ausruhen kann. Aber das ist schon etwas, worauf man auch ein Stück stolz sein kann, und zwar wir alle gemeinsam.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben wieder leichte Wachstumsraten. Der **Binnenkonsum** ist im letzten Jahr nicht eingebrochen: plus 0,2 Prozent.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Auf das vergangene Jahr sind wir auch stolz!) (D)

In diesem Jahr sehen wir einen leichten Einbruch. Warten wir aber erst einmal ab. Den Prognosen kann man ja auch nicht so richtig trauen. Wir konnten bislang **Insolvenzen** vermeiden. Es wird nicht einfach; aber es ist richtig, diesen Kurs weiter zu verfolgen.

In den nächsten Jahren kommt eine riesige Aufgabe auf uns zu, eine Herkulesaufgabe. Wir müssen eigentlich Unvereinbares zusammenbringen: den Haushalt konsolidieren, aber zugleich Wachstum schaffen, und das Ganze in dem Umfeld einer Gesellschaft, deren Altersaufbau sich dramatisch verändert.

Wir brauchen neues Denken, um diese großen Herausforderungen bewältigen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine geistig-moralische Wende, neues Denken, ja!)

Dazu ist die christlich-liberale Koalition bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als Erstes brauchen wir eine kluge Exitstrategie aus den Konjunkturprogrammen, die wir aufgelegt haben. Wir müssen in den nächsten Jahren – auch wegen der Schuldenbremse, die Deutschland als weltweit einziges Land eingeführt hat, mitten in der Krise – auf Konsolidierungskurs gehen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) (Bettina Hagedorn [SPD]: Davon merken wir nichts! – Thomas Oppermann [SPD]: Mit dem Liberalen *Sparbuch*!)

Wir haben schwierige **Sparmaßnahmen** vor uns. Ein strukturelles Defizit von etwa 67 Milliarden Euro wird in den Jahren 2011 bis 2015 abzubauen sein, damit die Neuverschuldung im Bundeshaushalt ab 2016 bei höchstens 10 Milliarden Euro liegt. Das heißt, wir müssen pro Jahr ein Defizit von 10 Milliarden Euro abbauen.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Erläutern Sie einmal in Ihrem Wahlkreis, wie Sie das machen wollen!)

Das Kabinett wird sich dieser Aufgabe stellen, und ich sage dem Bundesfinanzminister Unterstützung zu. Wir wissen, was das bedeutet. Die Erstanmeldungen für den Haushalt 2011 sind noch nicht so, dass wir sagen könnten: Wir haben es schon geschafft, die 10 Milliarden Euro einzusparen. Die Bundesregierung verpflichtet sich hier aber gegenüber dem Parlament, ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei der Analyse dürften wir uns einig sein, darüber brauchen wir nicht mehr zu streiten. Jetzt kommen wir zu der Frage: Wie schaffen wir das? Neben einer klugen Exitstrategie brauchen wir eine kluge Wachstumsstrategie. Die Erfahrungen der Jahre 2005 bis 2009 zeigen doch: Die beste Wachstumsstrategie ist, möglichst viele **Arbeitsplätze** zu schaffen. Wann immer wir mehr Arbeit haben, wann immer die Zahl der Arbeitslosen um 100 000 sinkt, werden die Sozialsysteme und der Bundeshaushalt um 2 Milliarden Euro entlastet. Deshalb gilt es, Arbeit zu schaffen und möglichst viel Beschäftigung hinzubekommen. Nicht nur entlastet das den Bundeshaushalt, sondern Arbeit ermöglicht den Menschen auch Teilhabe und gesellschaftliches Mitbestimmen und ist lebenserfüllend.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das bedeutet, in Deutschland möglichst viel qualifizierte Arbeit bereitzustellen, um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Schauen wir uns die heutige Situation einmal an: 5 Millionen Menschen beziehen **Arbeitslosengeld II**. Das kostet den Bundeshaushalt, wie gesagt, 40 Milliarden Euro. Durch die Kosten für die Unterkunft entsteht den Kommunen eine Belastung von 11 Milliarden Euro. Wenn wir es schaffen, dass mehr und mehr Menschen aus dieser Situation herauskommen, dann haben wir etwas erreicht.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das schaffen Sie nicht mit Ihrer Politik! – Roland Claus [DIE LINKE]: Warum tun Sie dann nichts?)

– Schauen wir uns einmal an, was Sie vorschlagen: Die sozialdemokratische Fraktion und der ehemalige Kanzleramtsminister Steinmeier sind, muss man sagen, in einem wundersamen Wandel begriffen.

- (Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das stimmt!) (C)

Es waren einmal 5 Millionen Arbeitslose. Sie haben Reformen durchgeführt; wir haben diese Reformen im Bundesrat unterstützt. Diese Reformen haben, zusammen mit anderen Reformen, dazu geführt, dass die **Zahl der Arbeitslosen** in den Jahren darauf unter 3 Millionen gefallen ist.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Mehr Armut! Mehr befristete Beschäftigung! Mehr Leiharbeit!)

Sie haben sich nie überlegt, warum das so gekommen ist. Ihre Wahrnehmung war immer geteilt:

(Zuruf von der SPD: Was?)

Sie waren zwar froh, dass die Zahl der Arbeitslosen sank; aber Sie haben Ihren Leuten nie erklärt, wie das kommen konnte.

(Thomas Oppermann [SPD]: Durch Ihren Beitrag ganz bestimmt nicht! – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Wenn wir lange überlegt hätten, wäre das nicht zustande gekommen!)

Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist eine Härte, ja. Aber gleichzeitig hat diese Maßnahme natürlich Möglichkeiten geschaffen, dass viele Menschen wieder eine Arbeit aufgenommen haben.

(Zuruf von der SPD: Das war doch unsere Idee!)

Weil Sie das alles niemals Ihren eigenen Leuten erklärt haben, müssen Sie jetzt die Rolle rückwärts machen und wollen allen Ernstes behaupten: Wer Arbeitslosengeld II bekommen will, braucht keine **Vermögensprüfung** mehr zu durchlaufen. Ich glaube, da sind Sie auf einem falschen Trip. Ich zumindest bin davon überzeugt, dass das falsch ist. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Sie haben es doch durchlöchert!)

– Da nützt auch das Schreien nichts.

Der nächste Punkt wird sein, dass Sie die **Rente mit 67** rückgängig machen müssen, weil aufgrund Ihrer falschen Konzepte die Möglichkeiten zur Vermittlung von älteren Arbeitnehmern schlechter werden.

(Thomas Oppermann [SPD]: Wir regieren schon?)

– Ich habe Sie nicht gebeten, ein Konzept vorzulegen. Sie hätten ja bei dem bleiben können, was Sie immer gesagt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt sage ich Ihnen, was wir wollen. Von den heute 5 Millionen Arbeitslosengeld-II-Empfängern sind ungefähr 1,4 Millionen zusätzlich zu den Leistungen aus Hartz IV erwerbstätig. Von diesen 1,4 Millionen Menschen befindet sich die übergroße Mehrzahl in Beschäf-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) tigungsverhältnissen unter oder bis 200 Euro. Die Zahl derer, die darüber hinaus dazuverdienen, wird immer geringer. Das heißt doch nichts anderes, als dass es eine Barriere beim **Hinzuverdienst** gibt.

(Zuruf von der SPD: Wir sind doch nicht in der Schule!)

Am Anfang ist die Abzugsrate gleich null; man kann hinzuverdienen. Über diesen Betrag von 200 Euro hinaus ist die Abzugsrate so hoch, dass es bei Verdiensten über 150 Euro praktisch überhaupt keinen Unterschied mehr macht,

(Thomas Oppermann [SPD]: Sind Sie sicher, dass Ihnen Ihre Leute folgen können?)

insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern, ob sie etwas verdienen oder ob sie nichts verdienen und Hartz IV bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Sie haben Ihre Leute nicht überzeugt!)

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen die Hinzuverdienstgrenzen verändern, und zwar so, dass sie einen Anreiz bieten, in Arbeit zu kommen. Wir sind der Meinung: Diejenigen, die sowohl Arbeitslosengeld II beziehen als auch etwas hinzuverdienen, sind auf einem besseren Weg, eine Arbeit zu finden, als die, die gar nichts hinzuverdienen. Das ist unser Ansatz.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Sie verstehen es nicht!)

Man kann den Unterschied ganz klar benennen. Wir wollen den Menschen helfen. Dafür sind die **Eingliederungstitel** und viele andere Instrumente in der Bundesagentur geschaffen worden.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sie sperren!)

– Sie sagen wenigstens „sperren“.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 900 Millionen!)

Manch einer sagt einfach nur „kürzen“.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sperre plus Zeit ist Kürzung!)

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales wird ein Programm vorlegen. Dann werden die Mittel entsperrt und stehen zur Verfügung. Das ist überhaupt kein Problem. Wir müssen dafür sorgen, dass mit dem Geld, das wir für die Ausgaben, die Arbeitslosengeld II beziehen, und sie in Beschäftigung bringen soll, wirkliche **Folgebeschäftigung** entsteht, anstatt einen öffentlichen Arbeitsmarkt zu manifestieren und zu zementieren, der uns am Schluss nur etwas kostet und nichts bringt. Es ist der Mühe wert, dass man das versucht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich spreche darüber so ausführlich, weil sich genau hier unterschiedliches Denken im Hause manifestiert. (C)

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Das stimmt! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Dumpinglohn! – Joachim Poß [SPD]: Miss Dumpinglohn!)

Wenn wir die Struktur dieses Bundeshaushaltes mittelfristig ändern, wird das dazu führen, dass wir die Rentenzuschüsse und die Gesundheitskosten, die wir als Steuermittel im Wesentlichen für die Kinder in das Gesundheitssystem gegeben haben, nicht kürzen.

(Thomas Oppermann [SPD]: In die Kopfpauschale! Nicht für die Kinder!)

Dann werden wir sehen, dass mehr Menschen in Arbeit kommen und von diesem Block der 40 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden muss, weil diese Menschen wieder Arbeit haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auf diesem Feld können wir etwas tun. Im Übrigen freuen sich darüber auch die **Kommunen**; denn sie geben 11 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft aus. Jeder Euro, den sie nicht ausgeben, ist für sie eine massive Entlastung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Das war die Erklärung von Miss Dumpinglohn!)

Wenn Menschen arbeiten, dann geht es darum, dass sich Leistung lohnt. (D)

Deshalb ist unser Ansatz, bei dem sogenannten Mittelstandsbauch, also bei der stärksten Steigerung der Progression, und bei der kalten Progression im steuerlichen Bereich für eine Entlastung zu sorgen. Es wird einfacher, niedriger und vor allen Dingen gerechter, damit sich Leistung in diesem Lande lohnt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Sie haben noch gar nicht gesagt, was Sie wollen! Wann kommt denn das was?)

Es geht natürlich um qualifizierte Arbeitsplätze. Deshalb haben wir in der Koalition – das spiegelt sich ja im Haushalt wider – einen Schwerpunkt bei Forschung und Bildung gesetzt, weil das die Zukunft ist. Deshalb sagen wir: Wir werden die **Elektromobilität** fördern. Am 3. Mai 2010 wird der Kongress mit allen Akteuren stattfinden, damit wir eine Chance für den Technologiestandort Deutschland entwickeln.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ein Kongress! – Thomas Oppermann [SPD]: Ein Kongress! Ein Zwischengipfel! Ein Arbeitskreis! – Joachim Poß [SPD]: Nur Kommissionen, kein Regieren!)

Deshalb werden wir auch ein neues **Energiekonzept** entwickeln.

(Joachim Poß [SPD]: „Wir kündigen an“!)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Wir sind in dieser Frage einer Meinung darin, dass es darum geht, ein Zeitalter der regenerativen Energien zu erreichen. Eigentlich müssten wir aber auch einer Meinung darüber sein, dass wir den Industriestandort Deutschland erhalten wollen, und das heißt immer Dreierlei: Energie muss bezahlbar sein, Energie muss sicher sein, und Energie muss umweltverträglich sein. Das werden wir zusammenbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb sagen wir: Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, aber die Länge der Brücke richtet sich danach, dass wir diese drei Dinge miteinander verbinden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Herr Steinmeier, ich bin schon ein bisschen erstaunt. Die deutschen **Stromversorgungsnetze** haben sich nun 60 Jahre lang in privater Hand befunden. Jetzt ist es so, dass das Eigentum auch aufgrund von Anordnungen der Europäischen Union von Vattenfall, einem Unternehmen, das schwedischer Natur ist, hin zu einem belgischen Unternehmen wandert, das schon eine Vielzahl von Stromnetzen betreibt und von dem nichts Ehrenrühriges bekannt ist. Das ist genauso wie bei anderen, die ihr Elektonetz an ein niederländisches Staatsunternehmen verkauft haben. Sind wir nun in einem europäischen Binnenmarkt, oder sind wir es nicht? Polemisieren wir gegen belgische Firmen, nur weil sie keine deutschen sind, oder machen wir das nicht?

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Darum geht es doch nicht!)

Von der Idee einer Reverstaatlichung des deutschen Stromnetzes halte ich ehrlich gesagt gar nichts. Wir müssen natürlich vernünftige Ausbaubedingungen erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dafür müssen wir vernünftige Investitionsbedingungen schaffen und dafür sorgen, dass man eine Hochspannungsleitung bauen kann, ohne dass das Genehmigen zehn Jahre dauert und ohne dass die Erdkabel so viel Geld verschlingen, dass man überhaupt nicht mehr zu Potte kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sind die wichtigen Aufgaben, aber das hängt nun wirklich nicht davon ab, ob das Unternehmen schwedisch oder belgisch ist, sondern das hängt von ganz anderen Dingen ab.

Wir werden die **Gesundheitsforschung** weiter nach vorne bringen. Wir haben bereits ein Zentrum für Demenzkranke in Bonn gegründet. Eine wissenschaftliche Bündelung aller – –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

– Ich weiß nicht, ob Herr Müntefering da ist. Er hatte wenigstens, als wir noch gemeinsam regiert haben, so viel Vernunft, zu sagen, dass wir Leuchttürme brauchen.

- (Joachim Poß [SPD]: Wir haben doch gar nichts gesagt jetzt!) (C)

– Nein, nein, Sie müssen einfach einmal in die Reihe hinter sich schauen. Es sind nicht alle so vernünftig wie Sie, Herr Poß.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich verstehe Sie ja. Das ist ein Zentrum in Bonn und deshalb in Nordrhein-Westfalen. – Wir brauchen also Leuchttürme, mit denen den Menschen gezeigt wird, wofür Forschung und Entwicklung gut sind, und bei einer alternden Gesellschaft ist es allemal gut, wenn Deutschland im Gesundheitsbereich eine Spitzenposition auf der Welt hat. Wir haben auch das Zeug dazu, und die Bundesregierung fördert das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich ist es wichtig, dass unsere Unternehmen mit Krediten versorgt werden – insbesondere der Mittelstand. Deshalb gibt es die **Kreditversorgung** über den Wirtschaftsfonds, und deshalb haben wir auch – der Bundeswirtschaftsminister hat das getan – einen Kreditmediator eingesetzt, der seine Arbeit aufgenommen hat.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein schönes Pöstchen!)

– Sie wissen, dass bei solchen Dingen gilt: Wenn Sie sie gemacht hätten, dann fänden Sie es ganz toll, weil wir sie machen, finden Sie es einfach nicht toll. Der Kreditmediator wird seine Arbeit machen, der Mittelstand wird es ihm danken.

- (Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Steuerzahler auch, der es finanzieren soll!) (D)

Wir sprechen wieder darüber, wenn sich die Sache gut entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Klingt nicht sehr überzeugend!)

Ich sage Ihnen auch: Wir werden eine Politik fördern, mit der die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gestärkt wird. Ich glaube nicht, dass wir in der Europäischen Union, wenn wir über eine **Wirtschaftsregierung** reden, was ich für richtig halte, die Diskussion so führen sollten, dass man sich danach richtet, wer am langsamsten ist, sondern beim Benchmarking muss geschaut werden, wer am schnellsten und am besten ist.

Ich sage auch ganz deutlich, wo Deutschland Schwächen hat. Wir haben von der OECD eine hohe Abgabenlast im Niedriglohnbereich attestiert bekommen. Da haben wir Schwächen. Darüber müssen wir nachdenken. Aber wir werden unsere Stärken nicht aufgeben, weil von unseren Exportgütern mehr gekauft wird als von denen anderer Länder. Das wäre die falsche europäische Antwort auf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber handeln statt diskutieren!)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Sicherlich ist die schwierigste Herausforderung, vor der wir stehen, die Veränderung des **Altersaufbaus**. Am Ende des Jahrzehnts, das jetzt begonnen hat, wird es 3 Millionen mehr ältere Beschäftigte geben. Die Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zu Rentnern und Kindern wird sich dramatisch verändern, und zwar von heute 65 Rentnern und Kindern im Verhältnis zu 100 Beschäftigten auf 84 Rentner und Kinder im Verhältnis zu 100 Beschäftigten. Das alles muss erarbeitet werden. Außerdem wird die Zahl der Schulabgänger sinken. Deshalb ist es so wichtig, dass das Thema des Zusammenhalts unserer Gesellschaft ganz oben auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht ja den Schuldenberg so gefährlich!)

Ich habe mir im Allensbacher Jahrbuch angesehen, was die Menschen auf die Frage, was sie unter einer **gerechten Gesellschaft** verstehen – wir sind uns, glaube ich, einig, dass Gerechtigkeit die Voraussetzung für den Zusammenhalt ist – und ob es ihrer Meinung nach in der Wirtschaft gerecht zugeht, antworten. In den letzten Jahren ist eine erschütternde Entwicklung zu erkennen. In den neuen Bundesländern war es leider immer so, dass eine übergroße Mehrheit gesagt hat: In der Wirtschaft geht es nicht gerecht zu.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist Erfahrung!)

- (B) Das hat sich in 20 Jahren eigentlich nicht geändert. In den alten Bundesländern gab es über viele Jahrzehnte ein Auf und Ab. Es herrschte aber immer ein ungefährer Gleichstand zwischen „gerecht“ und „nicht gerecht“.

Seit den Jahren 2004 bzw. 2005 und ganz besonders seit der Finanzkrise hat sich der Abstand zwischen denjenigen, die sagen, dass es in der Wirtschaft gerecht zugeht, und denjenigen, die sagen, es gehe ungerecht zu, auf 58 Prozent vergrößert. Wenn die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft erhalten werden soll, dann muss diese Lücke wieder geschlossen werden, sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man die Menschen fragt, was sie für gerecht halten, dann sagen sie als Erstes – und zwar mit weitem Abstand; es sind insgesamt 83 Prozent –: gleiche Chancen für gute Schulbildung. Die **Bildung** ist das Thema, das die Menschen am meisten berührt. Als Zweites, auch das ist interessant, sagen sie – zu etwas über 60 Prozent –:

(Joachim Poß [SPD]: Da ist Lohndumping die richtige Frage!)

dass der Staat für ein Existenzminimum sorgt und niemand in Not gerät. Ungefähr genauso viele Menschen sind der Meinung, dass Leistung sich lohnen muss. Das heißt: Wer mehr leistet, muss auch mehr davon haben. Das sind die zwei Seiten der Medaille.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit diesen drei Prioritäten – Arbeitsmarkt, Grund- (C) sicherung und Bildung – reagiert die christlich-liberale Koalition also ganz gezielt auf die Wünsche der Menschen. Daran werden wir weiter arbeiten. Das ist es, was uns interessiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Lohndumper!)

Wir werden natürlich auch das **Bundesverfassungsgerichtsurteil** zu den Hartz-IV-Sätzen umsetzen. Darüber möchte ich heute aber nicht weiter sprechen.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Das ist einfach nicht möglich, weil die Statistiken noch nicht ausgewertet sind. Ich möchte wiederholen, was die Bundesministerin gesagt hat: Klar ist schon heute, dass wir für die Bildung der Kinder mehr Geld ausgeben werden. Wir werden es aber so tun, dass es bei den Kindern ankommt. Sachleistungen sind also nicht ausgeschlossen. Denn wir wollen, dass das Geld den Kindern zugutekommt. Genau darauf werden wir hinarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um das 7-Prozent-Ziel für die Bildung zu erreichen, haben wir den Ländern bereits in Aussicht gestellt, dass wir seitens des Bundes bis 2015 die Lücke von mindestens 13 Milliarden Euro mit einer Quote von 40 Prozent füllen werden; normalerweise geben wir 10 Prozent dafür aus. Wir sagen aber: Es ist ein so wichtiges gesamtgesellschaftliches Anliegen, dass der Bund bereit ist, sich an dieser Stelle mehr zu engagieren und die Bildungspolitik im ganzen Land dadurch zu verbessern. (D)

(Zuruf von der SPD: Wie denn konkret?)

Wir werden den Nationalen Integrationsplan weiterentwickeln. Wir haben bereits gezeigt, dass wir für die Familien etwas tun. Der Ausbau der Kleinkinderbetreuung wird weitergehen. Das Kindergeld und die Kinderfreibeträge sind erhöht worden. Deshalb ist das eine vernünftige Sache.

Außerdem werden wir auch über die Vorschläge der Bundesfamilienministerin zu reden haben, was Pflegezeit angeht. Denn das Thema **Pflege** wird uns in der nächsten Zeit in besonderer Weise beschäftigen. Es ist etwas, was die Menschen zutiefst bewegt. Ich sage Ihnen – ich habe darüber auch mit den Arbeitgebern gesprochen –: Wir sollten hier wirklich neues Denken anwenden. Es wird in Zukunft schwierig sein, qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen. Das wird sich über die nächsten Jahre in ganz anderer Weise entwickeln. Die Bereitschaft der Unternehmen, freiwillig etwas zu tun, wird an vielen Stellen wachsen, weil man Beruf und Familien viel besser verbinden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zu den schrecklichen Fällen von **sexuellem Missbrauch** sagen, von denen wir jeden Tag hören und von denen wir erfahren. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Sexueller Missbrauch an Kindern und an Schutzbefohlenen ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen. Es gibt nur eine

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Möglichkeit, dass unsere Gesellschaft mit diesen Fällen klarkommt: Das ist Wahrheit und Klarheit über alles, was passiert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, jedem ist bewusst, dass das Leben der Menschen, die so etwas erlebt haben, anders verläuft, als wenn sie das in jungen Jahren nicht erlebt hätten. Das begleitet sie ein ganzes Leben. Völlige Wiedergutmachung wird und kann es nicht geben. Es hat keinen Sinn, es auf eine Gruppe zu beschränken, auch wenn uns die ersten Fälle sozusagen aus dem katholischen Bereich zu Ohren gekommen sind. Es ist etwas, das sich in vielen Bereichen der Gesellschaft ereignet hat, und es ist vor allen Dingen auch etwas, das sich heute teilweise in anderer Form, aber mit gleichen Folgen weiter ereignet.

Deshalb bin ich froh, dass die drei Ministerinnen Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Kristina Schröder und Annette Schavan gemeinsam ein Gesprächsforum mit den Betroffenen bilden, mit denjenigen, von denen diese Fälle bekannt werden, und dass man sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft blickt.

Aber lassen Sie uns die Sache nicht zu einfach machen. Man muss über Verjährung sprechen. Man kann über Entschädigung sprechen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man kann über Entschädigung sprechen! Mit dem Papst zum Beispiel!)

- (B) Aber insgesamt kommt es darauf an – das ist eine Bewährungsprobe für unsere ganze Gesellschaft –, dass Menschen, die so etwas erfahren haben, sich in dieser Gesellschaft wieder anerkannt und aufgehoben fühlen und wenigstens das Stück Wiedergutmachung bekommen, was man im Nachhinein noch schaffen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft sprechen, dann sind die sozialen Sicherungssysteme sicherlich der Punkt, an dem die größte politische Arbeit zu leisten ist. Mit der **Rente** haben wir Zukunftsvorsorge getroffen. Da wird die politische Kraft darin bestehen, alle Faktoren, die die demografische Veränderung widerspiegeln, auch in den nächsten Jahren umzusetzen. Es ist nicht einfach, wenn die Rentnerinnen und Rentner in diesem Jahr eine Nullrunde haben.

(Zuruf von der LINKEN: Wohl wahr!)

Das trifft die Menschen zwar nicht einfach so – eigentlich wäre es weniger gewesen –, aber trotzdem ist auch eine Nullrunde nicht einfach. Umso zufriedener bin ich, dass auch die Tarifabschlüsse moderat waren, weil wir daran sehen, dass es insgesamt eine schwierige Zeit ist.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist aber eine krause Logik!)

Ich sage Ihnen auch ganz klar: Wir werden uns auch melden, wenn Unternehmensführer sich in einer solchen Zeit zum Teil in absurder Art Gehaltssteigerungen gönnen, die von keinem anderen in dieser Gesellschaft nachvollzogen werden können. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb ist vielleicht der **Gesundheitsbereich** derjenige, in dem die meiste Arbeit zu leisten ist. Ich habe eigentlich nur eine Bitte, nämlich dass Sie von der Opposition wenigstens nicht dauernd Dinge behaupten, die einfach nicht stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist nicht fair, einfach irgendetwas zu behaupten.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Was denn?)

Die kostenlose Mitversicherung der Ehepartner wird weiter gewährleistet sein. Die Versicherung der Kinder wird, wenn Sie es so rechnen, inzwischen im Wesentlichen aus dem Steuertopf bezahlt. Wir waren uns doch einig, dass der steuerliche Ausgleich gerechter ist als der soziale Ausgleich über Beiträge. Das wissen Sie doch alles.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Warum soll für einen Erwachsenen falsch sein, was für ein Kind richtig ist?

Gerade die SPD müsste doch sagen: Diejenigen, die viel verdienen, müssen das meiste zum Sozialausgleich in einem so sensiblen Bereich wie dem Gesundheitswesen beitragen. Das tun Sie aber nicht. (D)

(Widerspruch bei der SPD)

Sie fangen an, auf eine ganz unverantwortliche Weise irgendetwas zu behaupten, was überhaupt nicht stimmt. Es gibt heute einen Sozialausgleich im Gesundheitssystem, und der erfolgt automatisch. Es wird auch später einen Sozialausgleich im Gesundheitssystem geben. Es geht im Augenblick nur um die Aufwüchse.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie zu! – In jeder Legislaturperiode – das war bei Ihnen so, das war bei uns so, und das wird auch weiter so sein – steigen die Beiträge, wenn wir es geschickt machen, um ungefähr 1 Prozentpunkt und sonst um 1,5 Prozentpunkte. Sie haben keine Antwort auf die Frage, was man tun kann, um fortwährend steigende Lohnzusatzkosten zu vermeiden.

(Thomas Opper mann [SPD]: Bürgerversicherung! Ist doch klar!)

– Herr Opper mann, Sie sind viel zu intelligent, um nicht zu wissen, dass auch eine Bürgerversicherung einen Arbeitgeberanteil benötigt, der dann dauernd steigt und die Lohnzusatzkosten erhöht.

Wenn Sie nicht wollen, dass über den Druck der Wirtschaftlichkeit – weil die Gesundheitskosten an die Arbeitskosten gekoppelt sind – nicht mehr jeder Mensch

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) die Gesundheitsversorgung bekommt, die er eigentlich bekommen müsste, dann müssen Sie eine Entkopplung von den Lohnkosten für die Aufwüchse, die sich im Gesundheitswesen ergeben, hinbekommen. Ich sage: für die Aufwüchse!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist immer schade, wenn sich Illusionen zerstreuen. Auf jeden Fall wird es dann genauso einen sozialen Ausgleich geben. Die Aufwüchse werden von den Arbeitskosten entkoppelt. Das ist ein richtiger Schritt dieser Koalition. Dabei werden wir den Gesundheitsminister unterstützen, sofern er überhaupt Unterstützung braucht. Er ist ja in seinen eigenen Aussagen ganz selbstständig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist richtig, dass die Gesundheitskommission heute ihre Arbeit aufnimmt.

Genauso ist es richtig, dass der Bundesfinanzminister eine Gruppe zur Zukunft der **Kommunal финанzen**, an der Sie über Ihre Länder Gott sei Dank mitarbeiten, eingerichtet hat. Es reicht doch nicht, einen Schutzschirm für die Kommunen aufzubauen, wie Sie es fordern. Das ist vielleicht etwas, das den Kommunen in einer Krise hilft. Aber langfristig sind die Kommunen in einem Zustand, wo die Finanzierung nicht auf Nachhaltigkeit beruht. Zwischen 2000 und 2008 sind in den Kommunen die Sozialausgaben um 50 Prozent gestiegen und die Baukosten um 20 Prozent eingebrochen. Dieser Weg muss umgekehrt werden. Da brauchen wir eine Trendwende. Ansonsten wird es keine kommunale Politik mehr geben, die selbsttätig arbeiten kann und an der sich die Menschen aus Lust ehrenamtlich beteiligen. Wir wollen das. Deshalb stellen wir uns dieser Aufgabe. Man kann nicht vom ersten Tag an sagen, was alles nicht geht, sondern man muss überlegen, was geht; denn die Kommunen sind die Grundlage des Lebens der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich dürfen wir uns nicht nur um den Zusammenhalt kümmern, sondern müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die **Globalisierung** fortschreitet und dass wir unsere Art, zu leben, die soziale Marktwirtschaft und ihre Prinzipien, nur durchsetzen können, wenn es uns gelingt, die Globalisierung menschlich zu gestalten. Da sind allen voran die Finanzmarktregeln nach den Exzessen auf den Finanzmärkten zu nennen. Ich will hier in Erinnerung rufen: Einiges ist geschehen. Es hat keinen Sinn, dauernd so zu tun, als ob gar nichts geschehen wäre. Wir haben verbesserte Vorschriften über die Eigenkapitalbasis der Banken. Wir haben einen Kabinettsbeschluss zu den Ratingagenturen, der jetzt beraten wird und mit dem eine europäische Richtlinie umgesetzt wird. Es wird klargestellt, dass Unternehmen nicht mehr gleichzeitig beraten und Produkte bewerten dürfen; das ist dringend notwendig.

Wir haben eine neue Bankenaufsicht – die Verhandlungen darüber sind in Europa weit fortgeschritten –, mit der systemische Risiken europaweit besser überwacht

werden können. Wir werden im Sommer einen Vorschlag vorlegen, aus dem hervorgeht, wie die Aufsichtsfunktionen in Deutschland gebündelt werden können. Wir wissen heute, dass es wichtig ist, dass Emittenten bei besonders riskanten Produkten, zum Beispiel bei Verbriefungen, einen Teil des Risikos in der eigenen Bilanz behalten müssen. Wir haben auch für die Entlohnung von Bankern neue Regeln aufgestellt, die demnächst im Kabinett beraten werden. Wir werden in baldiger Zukunft einen Kabinettsbeschluss fassen, aus dem hervorgeht, wie wir es schaffen, die Abwicklung und Restrukturierung von Banken sicherzustellen, damit nicht wieder der Effekt eintritt, dass der Staat die Banken retten muss, wenn sie in eine Krise geraten. Die Banken sollen das selbst tun. BMJ und BMF arbeiten daran. Wir werden – das wurde in der G-20-Gruppe verabredet – im Juni Vorschläge vom IWF zur Beantwortung der Frage bekommen, wie man die **Banken** besser an den Kosten, die sie verursacht haben, beteiligen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf diese Vorschläge warten wir, weil wir das international so verabredet haben. Es ergibt nämlich keinen Sinn, wenn wir in Deutschland so tun, als könnten wir das irgendwie erreichen. Sie haben heute Herrn Brown zitiert. Ich arbeite gut mit Gordon Brown zusammen, aber seine einmalige Besteuerung von Boni war nur halb so sinnvoll wie die Hedgefondsregulierungen, die wir gerade beraten und denen Großbritannien jetzt zustimmen sollte. Darum müssen wir kämpfen, und dafür erwarte ich Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben gesehen, dass wir in dieser Krise nicht nur Banken retten müssen, sondern dass jetzt auch im Euro-Raum eine schwierige Situation eingetreten ist, was **Griechenland** angeht. Es war richtig, dass sowohl Nicolas Sarkozy als auch der Ministerpräsident Papandreou, Jean-Claude Juncker und ich die Kommission aufgefordert haben – das geht nur europaweit –, die Finanzrichtlinie so zu ändern, dass die sogenannten nackten Credit Default Swaps, bei denen man Wetten auf etwas abschließen kann, das man nicht besitzt, verboten werden. Wolfgang Schäuble hat gestern zu den Leerverkäufen gesprochen. Das können wir aber nicht alleine machen. Wir sind in der Europäischen Union, und das fällt in deren Kompetenz. Ich denke, die Signale aus der Kommission, dass dort etwas gemacht wird, sind richtig.

Das darf uns aber nicht vergessen lassen, dass die griechische Lage nicht durch die Spekulanten hervorgerufen wurde – sie wird durch die Spekulanten verstärkt –, sondern dass sie durch die langjährige Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hervorgerufen wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb steht der Euro vor seiner stärksten Herausforderung, die er je zu bewältigen hatte.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Karamanlis!)

– Ich kann auch sagen, dass die Regierung Karamanlis daran beteiligt war. Auch deren Vorgängerregierung war

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) schon daran beteiligt. Das hilft uns doch jetzt nicht. Wir müssen mit der Sache fertig werden. –

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Antwort können wir nur mit Blick auf die langfristige **Stabilität des Euro** finden. Da ist die schnelle Solidaritätsleistung mit Sicherheit nicht die richtige Antwort, sondern die richtige Antwort heißt, die Sache bei der Wurzel anzupacken und die Probleme vernünftig zu lösen. Deshalb gibt es keine Alternative zu dem griechischen Sparprogramm und weiteren Anstrengungen in den nächsten Jahren. Ich finde es gut und richtig, und die griechische Regierung hat großen Mut bewiesen, jetzt 4 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt einzusparen, um das Defizit in einem ersten Schritt zu senken. Die Märkte haben das durchaus goutiert.

Wir müssen immer im Auge haben, dass Europa auf der einen Seite eine Friedensgemeinschaft ist. Deshalb kann in einem gemeinsamen Währungsraum – das gilt für alle Mitgliedstaaten, aber für die im Euro-Raum versammelten besonders – kein Land völlig alleine gelassen werden. Deshalb haben wir auf dem Rat gesagt: Wir stehen natürlich insgesamt für die Stabilität des Euro ein. Wir können doch nicht zusehen, wie der Euro-Raum und damit auch unsere Grundlagen insgesamt instabil werden. Europa ist aber nicht nur eine Friedensgemeinschaft, sondern auch eine Stabilitätsgemeinschaft. Deshalb kann es nicht sein, dass wir einfach mit freundschaftlichen Bekundungen darüber hinweggehen, sondern die Erholung muss, wie ich es schon gesagt habe, von Griechenland ausgehen. Alles, was überhaupt gedacht wird, muss darauf ausgerichtet sein, dass wir nicht vorschnelle Hilfen leisten, sondern dass wir dafür Sorge tragen, dass das Ganze wieder in Ordnung kommt. Alles andere wäre fatal.

(B)

Europa ist auch eine **Rechtsgemeinschaft**. In dieser Rechtsgemeinschaft gibt es einen Vertrag. Deshalb haben die Finanzminister richtigerweise gesagt, dass alles, was wir tun, dem europäischen Recht und – das haben sie mit Bedacht hinzugefügt – dem nationalen Recht entsprechen muss; denn wir haben ganz klare Gegebenheiten, die festlegen, was man überhaupt in einer Notsituation tun kann und was nicht. Deshalb sage ich ganz klar, dass nichts gemacht werden kann, was gegen nationales Recht verstößt. Da sind uns Grenzen auferlegt.

Wir denken auch für die Zukunft; denn Europa ist unsere eigene Zukunft. Deshalb hat Wolfgang Schäuble nicht für Griechenland Vorschläge gemacht, aber Wolfgang Schäuble hat Vorschläge gemacht, damit man eventuell den IWF nicht in allen Situationen rufen muss – was jetzt vielleicht der Ausweg sein müsste, wenn man etwas täte. Aber ich sage hier nichts darüber hinaus. Er hat Vorschläge gemacht, dass wir für die Zukunft ein Vertragswerk bekommen, aufgrund dessen es als Ultima Ratio sogar möglich ist, ein Land aus dem Euro-Raum auszuschließen, wenn es die Bedingungen langfristig immer wieder nicht erfüllt. Sonst kann man nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute haben wir eben nicht das richtige Instrumentarium. Wir haben nicht gedacht, dass wir im Euro-Raum in eine Situation kommen, in der ein Land vielleicht vor der Zahlungsunfähigkeit steht. Die Antwort hieß damals: Die schärfste Sanktion ist, dass das Land Geld an die Kommission zahlen muss. Ein Land, das kein Geld hat, kann auch kein Geld an die Kommission zahlen, oder wir führen die Zahlungsunfähigkeit noch besonders beschleunigt herbei; das wäre ja schwachsinnig. Es ist richtig, dass wir darüber hinausdenken und fragen: Wie müssten wir die Verträge entwickeln, damit man mit einer solchen Situation umgehen kann? Auch bei Griechenland muss jetzt gelten, dass die Stabilitätsgemeinschaft im Vordergrund steht und dass wir nicht eine vorschnelle Hilfe leisten, die uns langfristig überhaupt nicht weiterbringt, sondern den Euro immer weiter schwächt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Europa gestalten heißt eben auch: Wirtschaftsregierung – ja, und zwar mit anspruchsvollen Zielen und nicht mit der Frage „Wie können wir alle gemeinsam diese anspruchsvollen Ziele vielleicht nicht durchsetzen?“.

Außerdem heißt es: Protektionismus vermeiden. Ich könnte hier viel dazu sagen. In den letzten Monaten hat der Protektionismus weltweit zugenommen. Wir sind mit der Doha-Runde nicht weitergekommen. Für eine Exportnation wie Deutschland ist das jedoch zwingend notwendig.

Wir brauchen Datenschutz. Globale Digitalisierung ist gut. Wir brauchen aber auch den Schutz und müssen den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass die Dinge nicht so sind, dass Menschen auf ihre eigenen Daten gar keinen Zugriff haben.

Wir müssen natürlich auch viele außenpolitische Probleme, über die ich heute aus Zeitgründen nicht reden kann, in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist eine tolerante, eine offene Gesellschaft. Der *Economist* – nicht gerade eine Zeitung, die Deutschland immer nur in den höchsten Tönen lobt – hat über Deutschland in der vergangenen Woche geschrieben, dass es ein nicht nur lebenswertes, sondern auch ein lebenswertes und durchaus auch reformfreudiges Land ist.

(Beifall des Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser]
[FDP])

Ich glaube, dass wir auf dieses Land stolz sein können, und das ganz besonders mit Blick auf das, was morgen hier in diesem Hohen Hause stattfindet, nämlich die Erinnerung an den 20. Jahrestag der ersten **freien Wahl zur Volkskammer**. Mit diesem Tag, dem 18. März 1990, ist der Einigungsprozess sozusagen unumkehrbar geworden. Das war ein tolles Gefühl, nach Jahrzehnten zum ersten Mal frei wählen zu können. Davon haben damals auch 93 Prozent der Menschen in der DDR Gebrauch gemacht. Auch das zeigt, wie sehr man sich darauf gefreut hat.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Meine Damen und Herren, aufgrund dieser Erfahrung der letzten 20 Jahre bin ich optimistisch, dass wir es schaffen können, die Etappe, die jetzt Ost und West, das ganze Deutschland, gemeinsam in einem vereinten Europa zu gehen haben, zu einem Erfolg zu machen, über den unsere Enkel eines Tages einmal sagen: Mensch, das haben die in schwieriger Zeit gut gemacht. Aber wenn wir nicht zu einem Punkt kommen, an dem es uns gelingt, über notwendige Veränderungen und Weiterentwicklungen in diesem Land so zu sprechen, wie es die Verantwortung gebietet, dann werden wir das nicht schaffen. Ich sage Ihnen: Die christlich-liberale Koalition ist zu dieser verantwortlichen Diskussion bereit.

(Thomas Oppermann [SPD]: Seit wann?)

Wir gehen mit Mut an die Arbeit.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- (B) Herr Bundestagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei Ihrer Rede sehr genau zugehört, Frau Bundeskanzlerin Merkel, aber alles, was Sie gesagt haben, ändert nichts daran, dass sich Ihre Bundesregierung doch in einem ziemlich erbärmlichen Zustand befindet, wie ich versuchen werde, Ihnen zu zeigen.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich räume ja ein, auch Teile der Opposition befinden sich in keinem guten Zustand. Aber damit meine ich keinesfalls die Linke. Wir haben zwar auch einige Probleme, aber im Vergleich zu den anderen sind wir doch topfit. Es ist alles relativ, wie Sie wissen.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der SPD)

Die **Grünen** wechseln gerade in das sogenannte bürgerliche Lager. Wir haben das in Hamburg erlebt. Wir haben das im Saarland erlebt. Sie kündigen das schon für NRW an. Für die Bundesebene kann man auch damit rechnen.

(Widerspruch des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Hören Sie einmal zu! – Beim Saarland kommt noch eine sehr unappetitliche Käuflichkeit durch die FDP dazu. Das sollten Sie einmal aufarbeiten, finde ich.

(Beifall bei der LINKEN – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Räumen Sie erst einmal mit Ihren schwarzen Kassen auf!)

- (C) Die **SPD** ist dabei, ihren Standort zu suchen. Sie hat ihn noch nicht gefunden. Immerhin beginnen Sie von der SPD jetzt damit, Hartz IV zu überwinden. Sie kritisieren jetzt prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Nur muss man hinzufügen: Hartz IV ist vollständig und die prekäre Beschäftigung in diesem Umfang durch eine Bundesregierung von SPD und Grünen eingeführt worden, also zu Ihrer Regierungszeit. Das heißt, bei SPD und Grünen erleben wir Folgendes: Sie leiten unsoziale Prozesse als Regierung ein, um danach zu sich selbst in Opposition zu treten. Das ist gar kein so seltener Vorgang. Trotzdem muss die SPD – das will ich gerne animierend sagen – diesen Weg weiter gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sozialdemokratische Politik bedeutet meines Erachtens, dass Hartz IV überwunden wird, dass prekäre Beschäftigung überwunden wird, dass man dagegen ist, Rente erst ab 67 Jahren zu zahlen, dass man endlich dafür eintritt, die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen. Sozialdemokratische Politiker müssten für Steuergerechtigkeit streiten, das heißt auch für eine Millionärssteuer, für eine Börsenumsatzsteuer, für einen höheren Spitzensteuersatz. Aber von alledem ist die SPD doch noch meilenweit entfernt. Ich wünsche Ihnen jedoch Erfolg auf diesem Weg, wenn Sie ihn denn gehen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (D) Frau Kraft in NRW scheint allerdings einen anderen Weg zu gehen. Sie hat ja nun den Vorschlag erfunden, dass Langzeitarbeitslose ehrenamtlich tätig sein sollen. Ich frage mich: Warum immer diese Hartz-IV-Logik? Warum kann man Arbeit nicht einfach bezahlen? Warum muss man die Leute so demütigen? Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, was dort passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber zu Hartz IV äußere ich mich noch später.

Herr Steinmeier, ich habe Ihrer Rede ja sehr genau zugehört. Ich muss zugeben, das hat mir auch Spaß gemacht, auch aufgrund Ihrer Rhetorik. Nur eines muss ich Ihnen auch sagen: Ich hätte eine solche Rede so gerne einmal von Ihnen als Kanzleramtschef unter Kanzler Schröder hier im Bundestag gehört, nicht erst heute. Das hätte die Regierungspolitik sicherlich wesentlich verändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht ja eigentlich um die Bundesregierung.

(Zuruf von der SPD: Ja, wollte ich gerade sagen!)

Da ist alles noch viel schlimmer. Lassen Sie mich zunächst einmal etwas zu den **Rüstungsexporten** sagen. Frau Bundeskanzlerin Merkel, seit 2005 hat Deutschland seine Rüstungsexporte verdoppelt. Wir stehen jetzt an dritter Stelle weltweit. Mehr Rüstungsgüter verkaufen nur die USA und Russland. Dann folgt Deutschland. Darf ich daran erinnern, dass der schlimmste Krieg des letzten Jahrhunderts von Deutschland ausging? Was ist denn eigentlich so schlimm daran, wenn wir einmal als